



K u r z b e r i c h t

über die

*10. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 22. April 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:20 Uhr

Der Ausschuss schloss sich dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an und empfahl einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung über die Zustimmung zu dem **Staatsvertrag** zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die **Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg**, Drucksache 17/224.

Er nahm sodann die Beratungen des Gesetzentwurfs der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ zur **Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/370, auf und empfahl dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, gemeinsam mit dem Sozialausschuss eine mündliche Anhörung durchzuführen.

Ferner nahm er einen Bericht des Sozialministeriums zu möglichen finanziellen Kürzungen beim **Projekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“** entgegen, an den sich eine Diskussion anschloss.

Sodann setzte er die Diskussion aus der letzten Sitzung zum Thema **hausarztzentrierte Versorgung** fort.

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Frau Wille-Handels, stellte ihre Tätigkeit dem Ausschuss vor.

Zum Antrag der Abgeordneten Dr. Marret Bohn hinsichtlich des Themas **Einsatz und Abrechnung von Ein-Euro-Jobbern/Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung** beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung

durchzuführen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführerin bis zum 30. April 2010 benannt werden. Termin bis zur Abgabe der Stellungnahme ist Mitte Juni 2010.

Sodann billigte der Ausschuss die aus Umdruck 17/361 ersichtlichen **Termine** für die **zweite Hälfte des Jahres 2010**.

Schluss: 15:55 Uhr

gez. Petra Tschanter